



# NIEDERSCHRIFT

über die 3. Sitzung des Stadtrates

der Stadt Landau in der Pfalz

am Dienstag, 24.09.2019,

Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:00

Ende: 20:27



Anwesenheitsliste

Bündnis 90/Die Grünen

Julius Baur

Jennifer Follmann

Lukas Hartmann

Lea Heidbreder

Markus Heim

Christian Kolain

Bruno Sebastian Leiner

Sophia Maroc bis TOP 13 ö.S. 19.20 Uhr

Kim Neumann

Lea Saßnowski

Hannah Trippner

CDU

Cyrus Bakhtari

Kerstin Bernzott-Uhl

Susanne Burgdörfer

Jürgen Doll

Lena Dürphold bis TOP 12 ö.S. 18.45 Uhr

Ralf Eggers

Susanne Höhlinger

Dr. Andreas Hülsenbeck

Peter Lerch

Bernhard Löffel

Dr. Thorsten Sögding





Die LINKE

Bastian Stock

Die PARTEI

Maximilian von Moers-Meßmer

Vorsitzender

Thomas Hirsch

Bürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron

Beigeordneter

Alexander Grassmann

Berichterstatter

Christine Baumstark	(Hauptamt)
Ralf Bernhard	(Stadtbauamt)
Kurt Degen	(Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)
Dr. Guido Gehendges	(Geschäftsführer Klinikum)
Christoph Kamplade	(Stadtbauamt)
Willi Schmitt	(Vorsitzender Beirat für ältere Menschen)
Dr. Thomas Waßmuth	(Vorstand Energie Südwest AG)
Orhan Yilmaz	(Vorsitzender Beirat für Migration und Integration)

Sonstige

Sandra Diehl (Leiterin Pressestelle)

Dorothea Müller (Ortsvorsteherin Mörzheim)



Schriftführer

Markus Geib

Entschuldigt

FWG

Rudi Klemm

Die LINKE

Tobias Schreiner



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Der Vorsitzende wies darauf hin, dass es zu Tagesordnungspunkt 5 einen Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion gebe. Er schlage vor, diesen als Tagesordnungspunkt 5.1 noch mit auf die Tagesordnung zu nehmen.

**Der Stadtrat stimmte der Aufnahme des Antrages auf die Tagesordnung einstimmig zu.**

Der Vorsitzende wies weiter darauf hin, dass es einen Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion gebe, den Bericht des Geschäftsführers des Klinikums vom nichtöffentlichen auf den öffentlichen Teil der Sitzung zu nehmen. Er schlage vor, es hier bei der bisherigen Praxis zu belassen und den Bericht, wie auch beispielsweise den Bericht der Sparkasse, im nichtöffentlichen Teil entgegenzunehmen.

Ratsmitglied Dr. Migl entgegnete, dass es hier auch um das Transparenzgesetz gehe und man den Bürgerinnen und Bürgern nicht Informationen vorenthalten sollte. Man könne den Bericht auch in einen öffentlichen und einen nichtöffentlichen Teil splitten.

**Der Stadtrat lehnte den Antrag auf Änderung der Tagesordnung mit 13 Ja- und 27 Nein-Stimmen ab.**

Ratsmitglied Maier wollte wissen, ab wann man bei den Sitzungsvorlagen die Nachhaltigkeitseinschätzung bekomme, die bei Verabschiedung des Klimanotstandes für den Herbst 2019 angekündigt worden sei.

Der Vorsitzende betonte, dass die Verwaltung daran arbeite und noch in diesem Jahr eine entsprechende Sitzungsvorlage vorgelegt werde. Im Moment laufe die Abstimmung mit anderen Verwaltungen.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

## Tagesordnung

### Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Bericht des Beirates für Migration und Integration zum Abschluss der Wahlperiode
3. Bericht des Beirates für ältere Menschen zum Abschluss der Wahlperiode
4. Antrag des Beirates für ältere Menschen; Mögliche finanzielle Unterstützung des Projektes "Wohnen für Hilfe"  
Vorlage: 101/491/2019
5. Einführung der Ehrenamtskarte Rheinland-Pfalz für die Stadt Landau in der Pfalz  
Vorlage: DEZ1/018/2019



- 5.1. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Änderungsantrag Ehrenamtskarte  
Vorlage: 101/493/2019
6. Bereitstellung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln zur Bereinigung eines Steuerfalls  
Vorlage: 220/035/2019
7. Instandsetzung des westlichen Weges im Goethepark  
Vorlage: 350/140/2019
8. Umbau des Bewegungsbades und Erneuerung der Technischen Anlagen in der Paul-Moor-Schule  
Vorlage: 400/132/2019
9. Bebauungsplan „D9-Änderung, 1. Teiländerung-Am Messeplatz“;  
Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)  
Vorlage: 610/568/2019
10. Bebauungsplan „MH 3, Im Frohnacker – 1. Teiländerung“ in Mörzheim;  
Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)  
Vorlage: 610/570/2019
11. Lärmaktionsplan der Stadt Landau in der Pfalz  
Vorlage: 660/192/2019
12. Asphaltarbeiten auf Kreisstraßen in Landau in der Pfalz; Vergabe der Tief- und Straßenbauarbeiten  
Vorlage: 680/197/2019
13. Bericht des Vorstandes der Energie Südwest AG, Herrn Dr. Thomas Waßmuth
14. Anhebung Wasserpreis durch die EnergieSüdwest AG  
Vorlage: 810/015/2019
15. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

### Einwohnerfragestunde

Ein Einwohner lobte das Ergebnis des Prüfauftrages, dass die Tiefgarage am Weißquartierplatz höchst unwahrscheinlich sei. Weiter sprach er die mangelhafte Beleuchtung in der Martin-Luther-Straße an. Er habe dies im Stadtrat schon einmal angesprochen. Der Oberbürgermeister habe ihm wohl zugesagt, dass die Straßenbeleuchtung immer optimiert werde, geschehen sei aber nichts.

Der Vorsitzende entgegnete, dass es Vorgaben gebe die einzuhalten seien. Er nehme es aber nochmal auf und werde schriftlich antworten.

Ein weiterer Einwohner mahnte eine bessere Kommunikation zwischen Bürgern und Politikern an. Vielleicht könne man einmal im Jahr ein gläsernes Rathaus machen. Bestimmt wäre für datenschutzrechtliche Probleme auch eine Lösung zu finden.

Der Vorsitzende betonte, dass man immer wieder neue Formate versuche, um Menschen zu erreichen.



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

### **Bericht des Beirates für Migration und Integration zum Abschluss der Wahlperiode**

Der Vorsitzende begrüßte den Vorsitzenden des Beirates für Migration und Integration, Orhan Yilmaz und bat ihn um den Abschlussbericht des Beirates.

Herr Yilmaz verwies im Wesentlichen auf den, den Ratsmitgliedern vorliegenden Bericht. Der Beirat habe für das Sportgelände auf dem LGS-Gelände Ersatzspielerbänke gestiftet. Mit den jährlichen Freundschaftsspielen zwischen den Imamen und den Pfarrern trage man zum gegenseitigen Verstehen der Kulturen und Religionen bei. Ganz wichtig sei die Beiratswahl am 27. Oktober 2019, man hoffe hier genügend Kandidatinnen und Kandidaten und eine hohe Wahlbeteiligung zu erreichen.

Der Vorsitzende verlas dann den Bericht des Beirates, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Dr. Migl dankte dem Beirat für den ausführlichen Bericht und die vielen und vielfältigen Aktionen. Es bedürfe viel Vermittlungsarbeit zwischen den Nationen und unterschiedlichen Kulturen.

Der Vorsitzende dankte allen, die sich in den Beirat für Migration und Integration eingebracht haben.



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

### Bericht des Beirates für ältere Menschen zum Abschluss der Wahlperiode

Der Vorsitzende begrüßte den Vorsitzenden des Beirates für ältere Menschen, Willi Schmitt und bat ihn um den Abschlussbericht des Beirates.

Herr Schmitt berichtete, dass der Beirat seine Arbeit Ende 2017 aufgenommen habe. Zunächst sei Basisarbeit erforderlich gewesen. Man sei dann auch Mitglied der Landessenorenvertretung Rheinland-Pfalz geworden. Innerhalb des Beirates habe man zur Strukturierung der Arbeit Arbeitsgruppen zu den Themenfeldern Wahlen, Bauen/Mobilität, Soziales, Öffentlichkeitsarbeit/Kontakte zu Bürgerschaft und Wohnen für Hilfe gebildet. Die Arbeitsgruppe Wahlen habe bei der Erstellung einer neuen Satzung und einem geänderten Wahlverfahren für die Beiratswahl 2019 mitgewirkt. Themen in der AG Bauen/Mobilität seien kostenlose Toiletten im Stadtgebiet, der Aufzug an der Unterführung im Hauptbahnhof, die bessere Kennzeichnung des Radfahrverbots in der Fußgängerzone und die Einrichtung eines Seniorenbusses gewesen. In der Arbeitsgruppe Soziales sei es um Altersarmut, Pflege, medizinische Versorgungsleistungen, die Mitwirkung bei der Pflegestrukturplanung und um die Einrichtung eines Bewegungsbades mit Warmwasseranwendungen gegangen. Die Arbeitsgruppe Öffentlichkeitsarbeit habe Geburtstagsbesuche bei hochbetagten Landauer Bürgerinnen und Bürger organisiert, an der Verteilung einer Vorsorgemappe und von Notfallkarten mitgewirkt und durch die Teilnahme bei den Goetheparkplaudereien, dem Landauer Seniorentag und bei Seniorentreffen auf den Beirat und seine Arbeit aufmerksam gemacht. Eine Anfrage der Verwaltung zur Stellungnahme des Beirates zum Thema Remanenzkonzept habe schließlich zur Initiative Wohnen für Hilfe geführt. Projektleiter sei hier der stellvertretende Vorsitzende des Seniorenbüros, Hans-Jürgen Büssow. Immer wieder seien auch sachkundige Vertreter von Institutionen zur Berichterstattung in den Beirat eingeladen worden. Es konnten aus der Reihe von Initiativen insgesamt 7 Anträge an den Stadtrat formuliert werden, von denen 3 erfolgreich gewesen seien und sich 3 noch in der Bearbeitung befänden. Für den künftigen Beirat würden aber noch genügend Themen bleiben, die es weiter zu bearbeiten gelte. Er danke allen Beiratsmitgliedern für ihren großen ehrenamtlichen Einsatz sowie der Verwaltung, insbesondere der Seniorenbeauftragten, für die gute und kooperative Zusammenarbeit.

Der Vorsitzende dankte Herrn Schmitt für seinen Bericht. Es sei bemerkenswert, wie schnell sich der Beirat gefunden und ein breites Netzwerk gespannt habe.



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

### Antrag des Beirates für ältere Menschen; Mögliche finanzielle Unterstützung des Projektes "Wohnen für Hilfe"

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag des Beirates für ältere Menschen vom 6. September 2019, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Herr Schmitt, Vorsitzender des Beirates, begründete den Antrag. Für eine Anlauffinanzierung würden finanzielle Mittel benötigt, für die man um eine Unterstützung von Seiten der Stadt bitte.

Der Vorsitzende betonte, dass dies finanzielle Auswirkungen habe. Daher schlage er vor, den Antrag in die Haushaltsberatungen 2020 zu verweisen. Der Beirat sollte bis dahin zusammen mit der Seniorenbeauftragten und dem Sozialamt klären, wie eine solche Unterstützung aussehen könnte.

Ratsmitglied Hartmann erklärte, dass die GRÜNE-Stadtratsfraktion den Antrag gerne unterstütze. Wohnen für Hilfe sei ein gutes Mittel, um Menschen zusammenzubringen. Wenn man noch das Remanenzkonzept draufsetze, sei man optimal aufgestellt. Das wäre sicher sinnvoll investiertes Geld.

Ratsmitglied Lerch lobte die Arbeit des Beirates für ältere Menschen, der in der relativ kurzen Amtszeit viel erreicht habe. Im Bereich Mobilität und Wohnbau sei die Kompetenz des Beirates gefragt. Die Grundidee des Projektes Wohnen für Hilfe habe einiges für sich. Im Rahmen der Haushaltsberatungen müsse man dann sehen, was möglich sei.

Ratsmitglied Maier unterstrich, dass Landau stolz auf seinen Seniorenbeirat sein könne. Es sei eine Kernaufgabe, Wohnraum zu schaffen und daher nicht zwangsläufig eine freiwillige Aufgabe. Dies entlaste nämlich auch an anderer Stelle. Man stehe dem Antrag positiv gegenüber. Vielleicht könne der Projektleiter, Herr Büssow, einmal im Bauausschuss darüber berichten.

Der Vorsitzende entgegnete, dass der Sozialausschuss hierfür das geeignete Gremium wäre. Man könne dies gerne machen.

Ratsmitglied Freiermuth stimmte für die FWG-Stadtratsfraktion dem Prüfauftrag ebenfalls zu. Er sei gespannt, wie dies angenommen werde.

Ratsmitglied Gies fand den Antrag sehr gut und interessant. Wohnen für Hilfe könne für beide Seiten von Vorteil sein. Die AfD-Stadtratsfraktion stimme dem Prüfauftrag zu.

Ratsmitglied Dr. Migl war der Meinung, dass man den Prüfauftrag heute abstimmen sollte. Der Stadtrat müsse das Signal geben, dass man dies wolle. Es sei dies ein Weg um Jung und Alt zusammenzubringen. Dies sei ein gewisser menschlicher und organisatorischer Aufwand, der von kommunaler Seite unterstützt werden müsse.

Ratsmitglied Silbernagel erklärte, dass die FDP-Stadtratsfraktion dem Prüfantrag ebenfalls zustimme. Wohnen für Hilfe sei eine neue Wohnform in Landau und ein Baustein für mehr Wohnungen und Wohnqualität.



Ratsmitglied Stock hielt gerade generationenübergreifendes Wohnen für wichtig. Die LINKE-Stadtratsfraktion stimme dem Prüfantrag ebenfalls zu.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Der Antrag des Beirates für ältere Menschen auf finanzielle Unterstützung des Projektes „Wohnen für Hilfe“ wird in die Haushaltsberatungen 2020 verwiesen. Im Sozialausschuss soll der Projektleiter, Herr Büssow, das Projekt vorstellen.**



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

### Einführung der Ehrenamtskarte Rheinland-Pfalz für die Stadt Landau in der Pfalz

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Dezernates I vom 1. August 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Er bat zunächst Herrn Maier den Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zu begründen.

Ratsmitglied Maier war der Meinung, dass man der Vorlage anmerke, dass die Ehrenamtskarte gar nicht richtig gewünscht sei. Die angeblichen Argumente der ADD hinsichtlich der Einnahmeausfälle seien aus seiner Sicht nur vorgeschoben. Es gebe auch viele andere Kommunen, die 50% Ermäßigung gewähren, die auch direkt dem Karteninhaber zugutekämen.

Der Vorsitzende entgegnete, dass die Ministerpräsidentin selbst den Vorschlag der 2:1-Regelung gemacht habe. Wenn man beispielsweise bei der Stadtholding nämlich die 50 %-Regelung machen würde, müsse die Stadt aus ihrem Haushalt Mittel zuschießen, um die Reduktion der Einnahmen bei der Stadtholding auszugleichen. Wenn man dies nicht mache, sei man sehr schnell im Bereich einer verdeckten Gewinnausschüttung und dies sei mit ihm als Geschäftsführer der Holding nicht zu machen. Die Verwaltung empfehle daher den Antrag abzulehnen und die Vorlage der Verwaltung zu beschließen.

Ratsmitglied Saßnowski betonte, dass das Ehrenamt einen wichtigen Platz in unserer Stadt habe. Die Grünen hätten aber Skepsis, da die Hürden für die Ehrenamtskarte relativ hoch seien. Man wolle sie aber dennoch gerne ausprobieren. Der Charme liege darin, dass sie in ganz Rheinland-Pfalz gelte. Den Spagat zu schaffen zwischen den finanziellen Möglichkeiten einerseits und der Wertschätzung andererseits sei immer schwierig. Mit der 2:1-Lösung sei dies aber aus ihrer Sicht gut gelungen. Die GRÜNE-Stadtratsfraktion stimme der Verwaltungsvorlage zu und lehne den Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion ab.

Ratsmitglied Burgdörfer dankte allen, die sich ehrenamtlich einsetzen. Ehrenamt verdiene kein Geld, sondern Anerkennung. In Landau sei man bereits auf einem guten Weg. Die Einführung der Ehrenamtskarte sei ein weiterer Baustein zur Würdigung des Ehrenamtes. Dabei gebe die 2:1-Lösung die Möglichkeit, die fehlenden Einnahmen zu kompensieren. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Freiermuth stellte fest, dass ohne Ehrenamt viele Vereine nicht überleben könnten. Keiner mache das Ehrenamt aber wegen der Ehrenamtskarte. Es sei allerdings ärgerlich, dass man mit 4 Stunden Ehrenamt pro Woche durch das Raster falle. Er könne auch die Logik nicht nachvollziehen, dass man jemand mitnehmen müsse um freien Eintritt zu erhalten. Das ganze sei ein riesiger Verwaltungsaufwand, ein Monstrum. Er habe Zweifel, dass man dem Ehrenamt damit einen Gefallen tue. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme dem nicht zu.

Der Vorsitzende unterstrich nochmals, dass die Ehrenamtskarte ein weiterer Mosaikstein in der Würdigung der ehrenamtlichen Arbeit sei. Man werde als Stadt natürlich auch alles andere, was man schon mache, weiterführen.

Ratsmitglied Gies hielt es für wichtig, das Ehrenamt weiter zu stärken und zu fördern. Die hohen Anforderungen an die Ehrenamtskarte seien aber extrem. Dadurch würden wohl nur wenige in den Genuss der Ehrenamtskarte kommen. Auch das Angebot sei



überschaubar, wobei man die 2:1-Lösung gut finde. Letztlich müsse man schauen, ob der Aufwand lohne. Die AfD-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Dr. Migl war der Meinung, dass die Ehrenamtskarte mehr Substanz haben sollte. Sie halte daher den Vorschlag im Antrag der SPD für wesentlich attraktiver. Die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion stimme dem Antrag der SPD zu.

Ratsmitglied Silbernagel erklärte, dass die FDP-Stadtratsfraktion die Ehrenamtskarte gut finde. Es seien ja auch nicht nur die Angebote in Landau, die zur Verfügung stehen. Vielmehr gelte die Ehrenamtskarte ja landesweit. Man müsse hier einfach mal über den Tellerrand hinausschauen. Die Ehrenamtskarte öffne in Landau den Weg ins Freibad, ins LaOla und in den Zoo. Er rege an, ob die Inhaber der Ehrenamtskarte nicht auch eine persönliche Einladung zum Neujahrsempfang erhalten könnten. Die FDP-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Der Vorsitzende dankte für den Vorschlag und nahm die Anregung gerne auf.

Ratsmitglied Stock fand die Hürden von mindestens 5 Stunden ehrenamtlicher Arbeit pro Woche für die Ehrenamtskarte zu hoch. Dies werde vielen Menschen nicht gerecht. Auch der Kreis der Berechtigten müsse vergrößert werden, daher müssten die Hürden herabgesetzt werden. Die LINKE-Stadtratsfraktion werde dem Antrag der SPD zustimmen.

Ratsmitglied Maier empfand die Argumentation, dass man mit der Karte die Angebote anderer Kommunen nutzen könne, als peinlich. Die meisten Kommunen würden es schaffen, deutlich bessere Angebote zu machen als wir.

Der Vorsitzende erwiderte, dass man sich mit unseren Angeboten nicht zu verstecken brauche. Man sei in Gesprächen mit externen Anbietern, dass Angebot außerhalb des städtischen Spektrums zu erweitern.

Ratsmitglied Hartmann sagte, dass er einer der Skeptiker dieser Ehrenamtskarte sei, da die vom Land vorgegebenen Hürden zu hoch seien. Aber man rede jetzt in 5 Jahren zum vierten Mal darüber. Jetzt sollte man es machen mit, wie er denke, guten Angeboten.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 28 Ja-, 3 Nein-Stimmen und 11 Enthaltungen:

- 1. die Einführung der Ehrenamtskarte Rheinland-Pfalz für die Stadt Landau in der Pfalz mit den dargestellten Vergünstigungen.**
- 2. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, den Abschluss der notwendigen Kooperationsvereinbarung mit dem Land Rheinland-Pfalz herbeizuführen und die organisatorischen Abläufe zu regeln.**
- 3. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, jährlich über die Inanspruchnahme und die Erfahrungen mit der Ehrenamtskarte zu berichten.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5.1. (öffentlich)**

**Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Änderungsantrag Ehrenamtskarte**

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 22. September 2019, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Maier begründete den Antrag. Es wird im Übrigen auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 5 verwiesen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 12 Ja- und 30 Nein-Stimmen:

**Der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion wird abgelehnt.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)**

**Bereitstellung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln zur Bereinigung eines Steuerfalls**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Steuerabteilung vom 27. August 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**die Bereitstellung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln in Höhe von 94.575,00 € zur Abschreibung einer Steuerforderung.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)**

**Instandsetzung des westlichen Weges im Goethepark**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Umweltamtes vom 11. September 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Die Firma Seither GaLaBau AG aus Lustadt soll mit den Arbeiten zur Instandsetzung des westlichen Weges im Goethepark beauftragt werden.**



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

### **Umbau des Bewegungsbades und Erneuerung der Technischen Anlagen in der Paul-Moor-Schule**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Schulen, Kultur und Sport vom 28. August 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Dr. Migl wollte wissen, ob beim Umbau auch ein Rolli-Aufzug vorgesehen sei.

Der Vorsitzende entgegnete, dass er diese Information nachliefern müsse.

Ratsmitglied Kolain erklärte, dass es zwar um eine Investitionssumme von 2,5 Millionen Euro gehe. Der städtische Anteil betrage aber lediglich rund 400.000 Euro. Es gebe zum Umbau dieses Bades keine Alternative.

Ratsmitglied Thiel wies darauf hin, dass uns der in der ursprünglichen Planung vorgesehene Rückbau des Bades auch ein Drittel der jetzigen Kosten gekostet hätte.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 41 Ja- und 1 Nein-Stimme:

**dass sich die Stadt Landau an den Kosten für den Umbau des Bewegungsbades der Paul-Moor-Schule sowie der Erneuerung der Technischen Anlagen gemäß ihres Anteils in Höhe der Schülerzahlen beteiligt.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)**

**Bebauungsplan „D9-Änderung, 1. Teiländerung-Am Messeplatz“; Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 21. August 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB werden die im Rahmen der Beteiligungen der Behörden und Nachbargemeinden eingegangenen Stellungnahmen zu den Entwurfsfassungen vom Dezember 2014, Mai 2017 und April 2019 entsprechend den Abwägungsvorschlägen (Anlage 4) abgewogen. Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses. Das Abwägungsergebnis ist in den Entwurf zu übernehmen.
2. Der Bebauungsplan "D9-Änderung, 1. Teiländerung-Am Messeplatz" wird in der Fassung vom August 2019 (Anlagen 1-3) gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen und die Begründung gebilligt.



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)**

**Bebauungsplan „MH 3, Im Frohnacker – 1. Teiländerung“ in Mörzheim;  
Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 2. September 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Freiermuth dankte dem Oberbürgermeister für sein persönliches Engagement in dieser Sache.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. **Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB werden die im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligungen vorgebrachten Anregungen zu den Entwurfsfassungen des Bebauungsplans „MH 3, Im Frohnacker – 1. Teiländerung“ vom Dezember 2018 und Februar 2019 entsprechend den in der als Anlage 4 beigefügten Synopse vom 24. Mai 2019 niedergelegten Abwägungsvorschlägen der Verwaltung abgewogen. Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses.**
2. **Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB werden die im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen zu den Entwurfsfassungen des Bebauungsplans „MH 3, Im Frohnacker – 1. Teiländerung“ vom Dezember 2018 und Februar 2019 entsprechend den in der als Anlage 5 beigefügten Synopse vom 24. Mai 2019 niedergelegten Abwägungsvorschlägen der Verwaltung abgewogen. Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses.**
3. **Der Bebauungsplan „MH 3, Im Frohnacker – 1. Teiländerung“ wird gem. § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch in der Fassung vom August 2019 als Satzung beschlossen und die Begründung gebilligt.**



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)

### Lärmaktionsplan der Stadt Landau in der Pfalz

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 8. August 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Er begrüßte den Projektbearbeiter bei der Firma Modus Consult, Herrn Claus Kiener, der den Lärmaktionsplan vorstellte.

Herr Kiener erklärte, dass Aufgabe zunächst die Ermittlung der Belastung durch Umgebungslärm anhand der Lärmkartierung gewesen sei. Auf dieser Grundlage seien dann Lärmaktionspläne auszuarbeiten. Ausgangswerte seien 70 Dezibel Lärmbelastung am Tag und 60 Dezibel in der Nacht. Als Verwaltung und Rat sei man verpflichtet sicherzustellen, dass Bürger nicht von Lärm belastet werden. Generell gebe es keine Einzelfallbetrachtung. Die Stadt habe nicht abgewartet, sondern sei bereits vorab tätig geworden und habe einzelne Maßnahmen umgesetzt. So sei im Marienring lärmoptimierter Asphalt eingebaut worden und am Knotenpunkt Schloßstraße/Weißburger Straße/Xyländerstraße der Verkehrsfluss optimiert worden. Anstehende Lärmsanierungsmaßnahmen seien in Arzheim der Vollausbau der Arzheimer Hauptstraße und der Rohrgasse, in Godramstein der Einbau von lärmoptimiertem Asphalt in der Godramsteiner Hauptstraße, die Sanierung der Fahrbahn in der Arzheimer-Tor-Straße in Mörzheim und die Sanierung der Fahrbahn in der Lindenbergstraße in Nußdorf. In der Kernstadt seien als Maßnahmen der Einbau von lärmoptimiertem Asphalt in der Zweibrücker Straße und der Schloßstraße sowie die Optimierung der Lichtsignalanlagen im Nordring und der Neustadter Straße vorgesehen.

Notwendig seien aber auch langfristige Strategien. Hierzu zähle die Verlagerung des Kfz-Verkehrs auf den Umweltverbund im Rahmen des Mobilitätskonzeptes, der Ausbau des ÖPNV mit dem Einsatz von Elektrobussen, die Ausweisung von ruhigen Gebieten und die Schließung von Baulücken.

Zusammenfassend gehe es darum, rund 3.500 Personen vom Straßenverkehrslärm zu entlasten. Dazu bedürfe es der Umsetzung der Maßnahmen des Lärmaktionsplanes, der heute beschlossen werden solle. Eine Überprüfung des Planes sei im 5 Jahres-Rhythmus vorgesehen.

Ratsmitglied Heidbreder stellte fest, dass Lärm auch immer eine subjektive Wahrnehmung sei. Aber Lärm sei auch gesundheitsschädlich, daher müsse man dem Lärmschutz viel Aufmerksamkeit widmen. Es sei gut, dass man heute diesen Lärmaktionsplan beschließen werde. Die Frage sei, warum ein Handlungsbedarf erst ab 50 Personen gesehen werde. Für sehr sinnvoll halte man die Evaluation nach 5 Jahren. Beste Maßnahme zur Lärmvermeidung wäre zweifellos die Vermeidung des Individualverkehrs und damit der Umstieg auf einen Umweltverbund. Die GRÜNE-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Bakhtari begrüßte den vorliegenden Lärmaktionsplan. Lärm mache krank, führe zu Stress und Herz-Kreislauferkrankungen. Dieser Lärmaktionsplan werte die Stadt Landau als Wohn- und Investitionsstandort auf. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Maier erklärte, dass die Stadt und ihre Stadtdörfer vor allem auch durch die A 65 und die B 10 hoch belastet seien. Da nütze der Einbau von Flüsterasphalt in den Straßen der Stadtdörfer dann auch wenig. Dennoch stimme die SPD-Stadtratsfraktion der Vorlage zu.



Ratsmitglied Freiermuth stellte die Frage in den Raum, warum lärmoptimierter Asphalt nur in der Kernstadt und nicht grundsätzlich überall eingebaut werde. Dies sei natürlich ein Kostenfaktor, aber für die Lärminderung eine enorme Verbesserung. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Herrmann bezweifelte, dass eine Optimierung der Lichtsignalanlage der Neustadter Straße ausreiche. Es sei wesentlich sinnvoller, die Neustadter Straße verkehrsberuhigt zu machen beispielsweise durch Tempo 30. Die AfD-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Dr. Migl betonte, dass das Fachgutachten sehr gute Daten liefere. Es sei nun eine Frage der Umsetzung. Lärmreduzierung werde Geld kosten, da man auch bauliche Maßnahmen machen müsse. Die kostengünstigste und einfachste Maßnahme wären Geschwindigkeitsbegrenzungen. Als Kommune sei man aufgefordert, alle Möglichkeiten der Lärmreduzierung zu nutzen. Dies werde aber auch ein Umdenken nötig machen. Ein weiteres Thema in diesem Zusammenhang sei der Lärm, der von Vergnügungsstätten ausgehe. Die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion stimme dem Lärmaktionsplan zu.

Ratsmitglied Silbernagel fand es gut, dass die neuralgischen Punkte in der Stadt angegangen und auch die Stadtdörfer nicht vergessen werden. Die FDP-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Stock war der Meinung, dass eine autofreie Innenstadt bei der Bekämpfung von Lärm natürlich am besten wäre. Die LINKE-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Prof. Dr. Kopf bat um Einschätzung, ob die Verkehrsbelastung am künftigen Wohngebiet Wollmesheimer Höhe bereits zu einer Fortschreibung des Lärmaktionsplanes führen könne.

Ratsmitglied Lerch wollte wissen, ob es aktuelle Messungen zur Lärmbelastung an der A 65 gebe.

Herr Kiener erklärte, dass die Lärmaktionsplanung eigentlich von 100 Personen ausgehe. Man habe selbst den Wert von 50 Personen gewählt, um schneller „lärmbelastende Situationen“ zu erfassen. Lärm sei eine generationenübergreifende Aufgabe, die die Stadt und den Rat noch lange beschäftigen werde. Grundsätzlich sei zu beachten, dass Lärm berechnet, nicht gemessen werde. Dies sei die Problematik bei der B 10 bzw. der A 65. Wenn der Lärm in den angrenzenden Gebieten höher sei, dann müsse der Straßenbaulastträger bei nächster Gelegenheit darauf reagieren. Die Maßnahmen in den Stadtdörfern seien von der Verwaltung freiwillig angegangen worden. Beim Flüsterasphalt würden derzeit noch die Langzeitwerte fehlen, so dass man hier erst mal noch Erfahrungen sammeln müsse. Im Lärmaktionsplan sei der Umgebungslärm bearbeitet worden, Freizeitlärm sei eine andere Sache. Tempo 30 sei grundsätzlich ein beliebtes Mittel, bringe aber im Endeffekt nur 2 Dezibel Lärmreduzierung. Dies reiche alleine somit nicht aus. Man müsse einen Mittelweg finden zwischen schützenswerten Bereichen und dem nötigen Quell- und Zielverkehr. Bei einer Siedlungsneugründung gelte der Grundsatz, dass die neue Siedlung die Umgebung nicht über Gebühr belasten dürfe. Hier sei der Lärmaktionsplan nicht das richtige Mittel.



Der Stadtrat beschloss einstimmig bei 1 Enthaltung:

- 1. Dem Lärmaktionsplan der Stadt Landau in der Pfalz wird zugestimmt.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Maßnahmen in Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden umzusetzen.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12. (öffentlich)**

**Asphaltarbeiten auf Kreisstraßen in Landau in der Pfalz; Vergabe der Tief- und Straßenbauarbeiten**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 10. September 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

den Auftrag zum Asphaltheinbau K10 zwischen der Stadtgrenze Landau-Nußdorf und der L512 (Los 2) an die Firma Eurovia Teerbau GmbH ZS Neunkirchen, Pfalzbahnstraße 20, 66358 Neunkirchen/Saar zu den Preisen ihres Angebotes vom 26.8.2019 bei Los 2 i.H.v. 386.775,23 Euro zu vergeben.



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13. (öffentlich)

### Bericht des Vorstandes der Energie Südwest AG, Herrn Dr. Thomas Waßmuth

Der Vorsitzende begrüßte den Vorstand der Energie Südwest, Herrn Dr. Thomas Waßmuth und bat ihn um seinen Bericht zur Situation der Energie Südwest und insbesondere zur Wassersparte.

Herr Dr. Waßmuth bezeichnete die wirtschaftliche Lage der Energie Südwest AG als stabil, aber nicht ohne Herausforderungen. Eine Herausforderung sei, dass weniger Mittel aus der Verzinsung des Eigenkapitals zur Verfügung stünden. Gleichzeitig brauche man die Netzbetreiber für die Energiewende und erwarte Investitionen. Man habe ein Kostensenkungsprogramm für die nächsten Jahre aufgelegt. Natürlich versuche man weiterhin, in den erneuerbaren Energiebereich zu investieren. Das Geschäft mit den erneuerbaren Energien sei mittlerweile so groß geworden, dass man 20 % des Umsatzes damit mache. Windparks habe man beispielsweise an der Nordsee genauso wie hier in Offenbach. Aufgrund der Größe habe man das Geschäftsfeld in die ESW Grüne Energie GmbH ausgelagert.

Ein zweites Geschäftsfeld sei das Thema E-Car-Sharing und Ladesäuleninfrastruktur. Die Entwicklung sei äußerst positiv, es gebe eine deutliche Steigerung der Kundenzahlen. Es mache auf jeden Fall Sinn, jetzt schon ein Elektroauto zu erwerben, da der Gesamtwirkungsgrad eines E-Autos bei 77 % liege.

Wenn man in Landau über die Wassersparte rede, dann rede man auch über Quellen, von denen es 43 in Landau gebe. In den letzten Jahren habe man viele Maßnahmen im Bereich der Wasserversorgung durchgeführt von der Sanierung der Hochbehälter bis zu Erschließungsmaßnahmen in Neubaugebieten. Im Mittelpunkt der Maßnahmen der kommenden Jahre stehe die schrittweise Überarbeitung der Quellen, die Intensivierung des Grundwassermonitorings im Bereich der Horstwiesen, die Erneuerung eines Tiefbrunnens in den Horstwiesen und der kontinuierliche Austausch alter Wasserleitungen. Allein im Jahr 2018 habe man 1,07 Millionen Euro investiert. Es habe sich in den letzten Jahren durchgehend eine Unterdeckung zwischen Entgeltbedarf und Entgeltdeckung von rund 300.000 Euro pro Jahr ergeben. Aus diesem Grunde bitte man um Genehmigung einer Anpassung des Wasserpreises, die dringend geboten sei. Selbst mit dieser Anpassung werde man noch unter dem Durchschnitt des Wasserpreises in Rheinland-Pfalz liegen.

Der Vorsitzende dankte Herrn Dr. Waßmuth für die Unternehmensleistung der Energie Südwest in allen Sparten.

Ratsmitglied Hartmann erklärte, dass die GRÜNE-Stadtratsfraktion der Anhebung des Wasserpreises zustimme. Die Preissteigerung sei nachvollziehbar und gut begründet.

Ratsmitglied Lerch fand es erfreulich, dass die Energie Südwest die Abführung an die Stadt in gleicher Höhe erhalten wolle. Er würde gerne wissen, ob es aufgrund der aktuellen Klimadebatte Perspektiven hinsichtlich der Ausweitung der Geschäftsfelder gebe.

Ratsmitglied Maier stellte fest, dass es in den Stadtdörfern gar nicht möglich sei E-Car-Sharing zu nutzen. Weiter bat er um Auskunft, ob die beiden Brunnen auf dem Rathausplatz als Trinkwasserbrunnen umgerüstet werden können.



Ratsmitglied Freiermuth teilte mit, dass die FWG-Stadtratsfraktion der Anhebung des Wasserpreises zustimme. Er bitte um Auskunft, wann die Förderung der Photovoltaikanlagen auslaufe.

Ratsmitglied Herrmann regte an, die Bürger noch intensiver auf das Wassersparen hinzuweisen.

Ratsmitglied Dr. Migl fragte nach den Werten des Trinkwassers in Landau, nach der Personalentwicklung bei der Energie Südwest und inwieweit der Strom, den die Energie Südwest anbiete, aus erneuerbaren Energien sei.

Ratsmitglied Silbernagel erklärte, dass Wasser lebensnotwendig und damit ein sensibles Gut sei. Die FDP-Stadtratsfraktion stimme daher auch der Anhebung des Wasserpreises zu. Eine Frage habe er zum ESEL-Projekt dahingehend, ob es denkbar sei für Gewerbetreibende Klein-Lkw mit E-Antrieb für den innerstädtischen Verkehr anzubieten.

Herr Dr. Waßmuth sagte zu den Perspektiven, dass man im Photovoltaikbereich mehr aktiv werden und stärker auch in PV-Anlagen auf Hausdächern investieren wolle. Verstärkt wolle man auch in Wärmekonzepte einsteigen. Das ESEL-Projekt habe man gestartet mit der Option die Stadtdörfer einzubinden, das Auto also auch in Stadtdörfern stehen lassen zu können. In 9 Monaten sei das aber nur zwei Mal genutzt worden, von daher mache dies wenig Sinn. Hinsichtlich einer möglichen Umrüstung der Brunnen am Rathausplatz sei man bereits aktiv und habe auch schon Analysen hinsichtlich der Wasserqualität genommen. Für die Photovoltaikanlagen habe man jährliche Einnahmen aus dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz von 1,6 Millionen Euro. Dies laufe in den meisten Fällen bis 2030, danach müssten diese selbst Gewinne erwirtschaften. Zur Qualität des Wassers könne er sagen, dass das Quellwasser nitratfrei sei. Von Seiten der Energie Südwest sei es nicht geplant, Klein-LkW in den Fahrzeugbestand des ESEL aufzunehmen. Wenn sich aber ein privater Kleinunternehmer finde, der sein Fahrzeug entsprechend zur Verfügung stellen würde, könne man dies gerne in den Fahrzeugpool aufnehmen.

Ratsmitglied Follmann bat um Einschätzung zur geplanten Erweiterung von Michelin hinsichtlich des Wasserschutzgebietes.

Herr Dr. Waßmuth entgegnete, dass es darauf ankomme was gebaut werde. Wenn davon ein Wasserschutzgebiet betroffen wäre, dann wäre man strikt dagegen.



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14. (öffentlich)**

**Anhebung Wasserpreis durch die EnergieSüdwest AG**

Der Vorsitzende erläuterte die Informationsvorlage der Stadtholding vom 30. August 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

**Der Stadtrat nahm die Informationsvorlage zustimmend zur Kenntnis.**



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 15. (öffentlich)

### Verschiedenes

Ratsmitglied Hartmann sprach das Schreiben des Oberbürgermeisters zur Ordnung in Ratsitzungen insbesondere hinsichtlich von Stickern, Aufklebern oder Transparenten an. Die GRÜNE-Stadtratsfraktion werde sich an die Entscheidung des Oberbürgermeisters halten.

Es sei richtig, dass sich der Sticker gegen eine bestimmte Fraktion gerichtet habe. Die Fraktion sei Bestandteil einer Partei, die mit rechtsextremem Gedankengut spiele. Man könne sicher die Frage stellen, ob dies ein angemessener Umgang miteinander sei. Auch die AfD in Landau habe gegenüber den Grünen von einer Ökodiktatur in der Stadt gesprochen und zugleich eine rassistische Debatte zu Zuwanderung und Migration in die Stadt gebracht. Man werde nicht akzeptieren, dass das Gemeinwesen durch solche Argumentation in Mitleidenschaft gezogen werde. Wenn sich die AfD ernsthaft einbringen wolle, dann sollte man aus der Partei austreten.

Der Vorsitzende bedankte sich für die Abnahme der Sticker. Er werte dies als persönliche Erklärung der GRÜNEN-Stadtratsfraktion. Er appelliere an den Rat, sich in der Ratsarbeit an Sachthemen zu orientieren und darüber zu streiten. Damit sei man in der Vergangenheit immer gut gefahren.

Ratsmitglied Dr. Migl betonte, dass sie Sticker nicht für die geeignete Art der Auseinandersetzung halte. Sie sei daher froh über die heutige Erklärung der Grünen.

Ratsmitglied Herrmann erklärte, dass sich die AfD-Stadtratsfraktion hier im Rat von den Parolen der Bundespartei distanzieren. Man wolle hier im Rat für die Bürger und Bürgerinnen von Landau arbeiten.



Die Niederschrift über die 3. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 24.09.2019 umfasst 23 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 384.

Vorsitzender

Gesehen:

Thomas Hirsch  
Oberbürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron  
Bürgermeister

Markus Geib  
Schriftführer

Alexander Grassmann  
Beigeordneter